

Indexing im Einsatz

Eine Inhaltsanalyse der Kommentare überregionaler Tageszeitungen in Deutschland zum Afghanistankrieg 2001

Adrian Pohr

Der Beitrag untersucht die Haltung der Medien zum Afghanistankrieg 2001. Grundlage dieser Untersuchung bildet die Indexing-These von Bennett. Demnach passen die Massenmedien ihre publizierten Positionen an die Meinungsverteilung im Parlament an. Aufgrund der konsensuellen Haltung der deutschen Parteien wurde eine unkritische Kommentierung des Krieges erwartet. Durch länderspezifische systemstrukturelle Unterschiede muss die von der US-amerikanischen Forschung geprägte These an die Eigenheiten des deutschen Systems angepasst werden. Eine Inhaltsanalyse der Kommentare der deutschen überregionalen Abonnementzeitungen zum Afghanistankrieg zeigt ein Übergewicht von kriegsunterstützenden gegenüber kriegskritischen Aussagen, das insbesondere im rechten Zeitungsspektrum stark ausgeprägt war. Kritik am Afghanistan-einsatz war kaum in der Debatte über die Richtigkeit des Krieges bzw. dessen Legitimationen vorzufinden, sondern hauptsächlich im Diskurs über die Strategie und Performance der Anti-Terror-Koalition.

Keywords: Kommentar, Afghanistankrieg 2001, Indexing, Medienberichterstattung, Kriegsberichterstattung, Parteilichkeit

1. Einleitung

In der Kommunikationsforschung spielt die Parteilichkeit der Medien – sei es in Bezug auf bestimmte Positionen oder auf politische Akteure wie die Parteien – eine große Rolle. Besonderes Augenmerk richtet sich dabei auf die Kriegsberichterstattung, da einerseits bei der politischen Entscheidung über Krieg und Frieden existenzielle Werte berührt werden. Andererseits herrscht eine starke Limitierung unabhängiger Informationen in Kriegsgebieten und in politischen bzw. militärischen Schaltzentralen durch Zensurmaßnahmen und propagandistische Einflussnahme. Bei der Berichterstattung über Kriege sind die Medien – anders als etwa bei der Lokalberichterstattung – aufgrund des schlechten Zugangs zum Ereignisschauplatz und der Unübersichtlichkeit militärischer Interventionen besonders stark auf Informationen der Kriegsparteien angewiesen. Die potentielle Instrumentalisierung von Informationen und Desinformationen durch die Kriegsparteien macht dabei einen kritischen Umgang der Medien mit ihren Quellen notwendig.

Hinsichtlich der kritischen Auseinandersetzung mit ihren Quellen werden den Medien im Rahmen der Forschungstradition des Indexing, in die sich dieser Beitrag einfügt, Mängel vorgeworfen. Die Indexing-These bildet in der ansonsten eher auf essayistische Beiträge oder auf die Empirie ausgerichteten Erforschung von Kriegsberichterstattung eine Ausnahme durch eine gelungene konzeptionelle Theorienbildung, die eine Brücke zwischen Politik und Medien schlägt. Als zentralen Punkt stellt dieses Forschungskonzept die Autonomie der Medien von der Politik in Frage. Diese Autonomie kann man als Voraussetzung konsequenzenreicher Kritik betrachten. Sie manifestiert sich insbesondere durch die Kritik- und Kontrollfunktion der Medien und spielt gerade in Kriegssituationen eine wichtige Rolle, da die Verantwortlichkeit der politischen Akteure, die über Krieg und Frieden entscheiden, gewährleistet bleiben muss.

Dieser Beitrag knüpft an das in Deutschland noch recht unbekannte Forschungskonzept der Indexing-Hypothese von Bennett an, die im nächsten Abschnitt vorgestellt wird. Zusätzlich soll die Erweiterung der Indexing-Theorie durch Mermin erläutert werden. Im nächsten Schritt werden empirische Ergebnisse der Indexing-Forschung präsentiert, um im Anschluss daran die hauptsächlich auf die US-Medien angewandte These für das deutsche Mediensystem zu modifizieren. Es folgt die Explikation der Fragestellung dieser Studie und die Vorstellung des Designs der hier angewendeten Inhaltsanalyse. Im Ergebnisteil wird schließlich gezeigt, wie die deutschen überregionalen Abonnementzeitungen den Afghanistankrieg von 2001 kommentierten.

2. Forschungsstand zur Indexing-Theorie

Theoretische Grundlage dieser Studie ist die Indexing-Theorie, die Bennett 1990 in seinem Aufsatz „Toward a Theory of Press-State Relations in the United States“ im Journal of Communication entwickelte. Die Indexing-Theorie besagt, dass „mass media news professionals, from the boardroom to the beat, tend to ‚index‘ the range of voices and viewpoints in both news and editorials according to the range of views expressed in mainstream government debate about a given topic.“ (Bennett 1990: 106) Demnach setzt eine kritische Berichterstattung über einen Konflikt erst dann ein, wenn sich auch kritische Stimmen in der politischen Elite erheben (Bennett 1990: 110). Daraus ergeben sich zwei Fälle medialer Berichterstattung: Falls erstens ein Konsens in der politischen Elite des Landes besteht, unterstützen die Medien die Regierungslinie kritiklos. Sobald zweitens keine Einigkeit in der politischen Elite über ein Thema herrscht, enthält die Berichterstattung darüber divergierende Meinungen. Dieses kritischer wirkende journalistische Verhalten ist Bennett zufolge nichts anderes als die Reflektion der politischen Debatte (Bennett 1990: 104).

Dabei wurde die von der Indexing-Theorie angenommene elitenorientierte Quellenverwendung der Medien nicht nur in zahlreichen US-Studien nachgewiesen (vgl. u. a. Sigal 1973: 47, Brown et al. 1987: 45–54, Cook 1994), sondern auch in den deutschen Medien finden sich dafür empirische Belege (vgl. Schäfer 1984, Schmitt-Beck/Pfetsch 1994: 121–123, Voltmer 1998/9: 131). Demnach dominieren offizielle Quellen die Berichterstattung aus Effizienzgründen und aus der vermeintlichen Verlässlichkeit von Behördeninformationen. In Kriegen wird diese Elitenorientierung zusätzlich durch die Abhängigkeit von Regierungsinformationen verstärkt. Die Gleichschaltung der medialen Debattenstruktur mit dem Diskurs der politischen Elite macht auf einen Autonomiemangel der Medien aufmerksam, aus dem sich für den Konsensfall nach Ansicht zahlreicher Autoren demokratietheoretische Probleme ergeben: Der Bevölkerung wird durch eine unkritische Reflektion des politischen Konsenses die Möglichkeit zur unabhängigen Meinungsbildung erschwert (vgl. u. a. Entman 1989, Gurevitch/Blumler 1990: 282, Page/Shapiro 1992: 283).

Dass auch im Falle einer Konsenssituation in der politischen Elite noch einige Kritik am Regierungskurs in den Massenmedien vorzufinden ist, erklärt Mermin mit einer Verlagerung der kritischen Debatte: Journalisten stellen demnach bei Unterstützung einer Entscheidung von beiden US-Parteien die Frage in den Vordergrund, ob die Regierung die gesteckten Ziele erreichen wird, anstatt die Richtigkeit der Entscheidung zu thematisieren (Mermin 1996: 182). Aus diesen Überlegungen entwickelte Mermin die Erweiterung der Indexing-Theorie. Demnach konzentrieren sich die Massenmedien bei einem Konsens in der politischen Elite nicht auf eine grundsätzliche Bewertung der Ziele der

Regierungspolitik, sondern auf die Planung, die Durchführung und die Erfolgsaussichten (Mermin 1996: 182, vgl. auch Mermin 1999: 9).

Mermin klassifiziert somit implizit zwei Ebenen, auf denen sich die Debatte über den Krieg abspielen kann. Auf der ersten Ebene wird die grundsätzliche Entscheidung über Krieg und Frieden evaluiert (Bsp.: „Der Krieg ist notwendig“, „illegitim“, „keine Lösung“ etc.). Hier wird auch die Nennung oder Bewertung von Alternativen zum Krieg einbezogen (Bsp.: „Polizeiaktion sollte anstelle eines Krieges durchgeführt werden.“ Oder: „Diplomatischer Druck ersetzt keine Militäraktionen.“). Diese grundsätzlichen Aspekte behandeln die Frage, *ob* der Krieg geführt werden soll. Dieser Ebene werden auch Legitimationsdiskurse zugeordnet, in denen die Kriegsbegründungen erörtert werden (Bsp.: Bestrafung, Sicherheit, Machtpolitik, Ideologie, wirtschaftliche Interessen, humanitäre Motive etc.). Hier wird die Frage diskutiert, *warum* der Krieg geführt wird. Diese grundsätzliche legitimatorische Ebene klärt also die Frage nach dem *Ob* und dem *Warum* des Krieges. Mermin geht nun davon aus, dass im politischen Konsensfall kritische Diskurse in den Massenmedien weniger auf dieser Ebene stattfinden, sondern vielmehr auf der zweiten Ebene. Auf dieser Ebene werden strategische und performato-rische Aspekte des Krieges behandelt, wobei unter Strategie die politische Taktik und die militärische Einsatzplanung verstanden wird und Performanz für die militärische Ausführung dieser Strategie steht. Auf dieser zweiten Ebene wird also die Frage aufgeworfen, *wie* der Krieg geführt wird. Dies geschieht entweder in Debatten über militärische Einzelmaßnahmen (Bodentruppen, einzelne Operationen, Waffenverwendung etc.) oder in Diskursen über die Ausführung bzw. die Auswirkungen der gesamten Kriegsstrategie auf politischer oder militärischer Ebene (Gefährdung der Zivilbevölkerung, Effizienz und Rationalität der Einsätze, Bündnisdiplomatie, Rhetorik, Zensur etc.).

Die Indexing-These entstand im Kontext der Kriegs- und Konfliktberichterstattung. Alle empirischen Studien konzentrierten sich auf diese Thematik. Als Gründe dafür kann man die hohe mediale Aufmerksamkeit und die existenzielle Bedeutsamkeit von Kriegseinsätzen nennen. Theoretisch ist die Anwendung der These auch auf andere Themenkomplexe vorstellbar.

Hallin konnte die Gültigkeit der Indexing-These im Rahmen der US-Fernsehberichterstattung über den Vietnamkrieg nachweisen: Trotz einer großen Friedensbewegung im Lande berichteten die Medien erst dann kritisch über den Krieg, als sich führende Politiker gegen den Krieg aussprachen (Hallin 1994: 40–57). Neben der Erbringung des Nachweises einer starken Elitenorientierung bei der Quellenauswahl der Journalisten wurde in zahlreichen Studien zum Golfkrieg die einhellige Unterstützungshaltung der US-Massenmedien auf die parlamentarische Konsensesituation zurückgeführt (vgl. insbes. Cook 1994, Entman/Page 1994). In seiner Pilotstudie zur konsensualen US-Nicaragua-Politik konnte Bennett eine starke Indexierung der Berichterstattung der New York Times an Regierungsbeauftragten feststellen, wodurch nur wenige kritische Meinungen publiziert wurden (Bennett 1990: 116–118). In seinem Buch „Debating War and Peace“ belegte Mermin die Gültigkeit der Indexing-These für die Berichterstattung über acht amerikanische Militärinterventionen seit Vietnam. Mit der Ausnahme eines Falles fiel die Berichterstattung von Hauptnachrichtensendungen auf ABC, PBS und der New York Times bei Interventionen, die sich durch einen Dissens in der politischen Elite auszeichneten, deutlich kritischer aus als bei politisch übereinstimmend getragenen Militäreingriffen (Mermin 1999).

Die Gültigkeit der Erweiterung der Indexing-These konnte Mermin in einer früheren Studie für die Berichterstattung über den zweiten Golfkrieg und die Panamainter-

vention von 1989 nachweisen: Die mediale Kritik konzentrierte sich in diesen beiden parlamentarischen Konsensesituationen nicht auf die grundsätzliche Richtigkeit der Militäraktionen oder deren Legitimationen, sondern auf die Frage, ob der Präsident die von ihm gesetzten Ziele erreichen würde (Mermin 1996).

Diese Ergebnisse stammen allesamt aus der US-amerikanischen Forschung. Um die Indexing-These auch für deutsche Medien zu überprüfen, müssen die länderspezifischen systemstrukturellen Unterschiede beachtet werden. In der Studie zum Framing in der Kommentierung des Kosovokrieges von Eilders und Lüter zeigte sich, dass die Indexing-These und ihre Erweiterung auch in Deutschland Anwendung finden können (Eilders/Lüter 2002).

3. Übertragung der Indexing-These in deutsche Verhältnisse und methodische Probleme

Für die Übertragung der Indexing-These von US-amerikanischen in deutsche Verhältnisse sind einige Modifikationen notwendig. So geht man in der Kommunikationsforschung weitgehend übereinstimmend davon aus, dass deutsche Journalisten ein grundsätzlich kritisches Selbstverständnis ihres Berufes aufweisen als ihre amerikanischen Kollegen, die sich eher als Vermittler verstehen (vgl. u. a. Erbring 1989: 311, Donsbach 1994: 289–295, vgl. auch den Beitrag von Donsbach/Jandura/Müller in diesem Heft). Damit kann mehr Kritik in den deutschen Medien erwartet werden, auch wenn sich in der politischen Elite ein Konsens bildet.

Das amerikanische Mediensystem zeichnet sich darüber hinaus im Vergleich zum deutschen durch eine stärker marktwirtschaftliche Orientierung der Nachrichtengewerbe aus (Patterson 2000), die in Verbindung mit einer stark wachsenden Pressekonzentration (Gurevitch/Blumler 1990: 275) zu einer Einschränkung der Vielfalt der publizierten Meinungen führt (Lichtenberg 1990: 103, 129). Daraus kann gefolgert werden, dass deutsche Journalisten, deren Medienmarkt nicht die extremen Entwicklungen des US-Marktes aufweist, die Möglichkeit zu einer etwas unabhängigeren Berichterstattung haben.

Das deutsche Mediensystem bietet des Weiteren eine breitere Vielfalt von politischen Orientierungen als in den USA. Die überregionalen Abonnementzeitungen in Deutschland – die *taz*, die *Frankfurter Rundschau* (FR), die *Süddeutsche Zeitung* (SZ), die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) und die *Welt* – bilden von links nach rechts ein breit gefächertes politisches Spektrum von Meinungen ab, das in zahlreichen empirischen Studien nachgewiesen wurde (vgl. u. a. Hagen 1992, Voltmer 1998/9, Eilders 2001). Sämtliche US-amerikanische Massenmedien lassen sich dagegen auf dieser Links-Rechts-Achse im zentralen Bereich verorten (Donsbach et al. 1996: 347–349). In den USA scheint damit im Vergleich zu Deutschland weniger Vielfalt von medial vertretenen Meinungen zu herrschen. Dadurch werden in der breit gefächerten deutschen Presselandschaft kritische Stimmen zum Regierungskurs eher erwartet als im relativ einheitlichen US-System. Hinsichtlich des Afghanistankrieges ist diese Kritik eher im linken Zeitungsspektrum Deutschlands zu vermuten. Diese Erwartung resultiert aus der kriegskritischeren Tradition des linken Milieus und den Ergebnissen von Eilders/Lüter (2002), die hauptsächlich im linken Zeitungsspektrum kritische Deutungsrahmen zum Kosovokrieg vorfanden.

Das in der Indexing-These angelegte Konzept der Elitenorientierung setzt zur Kategorisierung der politischen Konfliktsituation eine Definition der politischen Elite voraus. In der US-Literatur mangelt es hinsichtlich dieser Frage an Präzision, eine Tren-

nung zwischen Exekutive und Legislative wurde kaum vorgenommen. Einige Studien beziehen ausschließlich die Exekutive ein, während andere das komplette Parlament als politische Elite fassen. In diesem Beitrag wird unter der Haltung der politischen Elite die Position jeder im Parlament vertretenen Partei auf Bundesebene sowie deren Spitzenvertreter verstanden. Ebenso wenig wurde von den US-Forschern eine Definition von Konsenssituationen vorgegeben. Die Unterscheidung zwischen Konsens und Dissens lag meistens im Ermessen des Forschers. Auch wenn einzelne Abgeordnete gegen eine Intervention votierten, wurde die politische Konstellation in vielen Fällen als Konsens gewertet. Einen Dissens dagegen sahen die Forscher meistens dann vorliegen, wenn sich durch die Mitte des Parlamentes die Konfliktlinie zog bzw. sich die Anzahl der politischen Kriegsgegner mehrte.

In Deutschland zeichneten sich auf der politischen Ebene die meisten großen Parteien durch eine befürwortende Haltung zum Afghanistankrieg aus: die kriegsunterstützende Regierungspolitik von Rot-Grün wurde durch die Union und FDP einmütig mitgetragen¹. Die PDS, die fünf Prozent der Sitze im Bundestag innehatte, lehnte als einzige im Parlament vertretene Partei den Krieg offen ab. Aufgrund des stark ausdifferenzierten Parteiensystems in Deutschland sind totale Konsenssituationen selten. Man kann die deutsche Debatte über eine Beteiligung am Afghanistankrieg daher als einen weit gehenden politischen Konsensfall bezeichnen. Große Teile der Bevölkerung wurden dadurch nicht von der Politik direkt repräsentiert: Kriegsgegner machten Umfragen zufolge über ein Drittel der Bevölkerung aus.

Da hier keine einheitliche Konsenssituation vorliegt, sondern der Bundestag nur weitgehend Übereinstimmung zeigte und – folgt man der Indexing-These – die Kritik der Medien sich am Grad des Konsenses im Parlament orientiert, ist angesichts des im Afghanistankrieg vorliegenden weit gehenden Konsens in der politischen Elite eine medienübergreifende Zustimmung mit nur geringem Kritikumfang, aber kein vollständiges Ausbleiben von Kritik zu erwarten. Bei der Übertragung der Indexing-These auf Deutschland werden zusätzlich im Vergleich zum US-System Abstriche bei der Eindeutigkeit des medialen Konsenses in den Ergebnissen erwartet: Die länderspezifischen Unterschiede der Mediensysteme (das journalistische Selbstverständnis, die ökonomische Abhängigkeit der Redaktionen und die Breite des medialen Meinungsspektrums) deuten auf die Wahrscheinlichkeit einer kritischeren Kommentierung des Afghanistankonfliktes in den deutschen (und gerade den politisch links-orientierten) Medien hin als sie in den US-amerikanischen zu erwarten wäre.

Zudem erlaubt die weniger aktive Rolle Deutschlands in der Kriegsführung und die geringe Menge an entsandeten Soldaten² eine kritischere, weil distanziertere Auseinandersetzung mit dem Militäreinsatz als in den USA, wo traditionell zudem in Kriegszeiten ein starker Patriotismus herrscht.³ Diesem Punkt kommt bei der Untersuchung des Afghanistankrieges aus deutscher Perspektive besondere Bedeutung zu. Schließlich war Deutschland lediglich eine sich am Krieg beteiligende Nation und nicht aktiv in die strategische Planung involviert. Dennoch entsandten die Deutschen zahlreiche Soldaten ins Kriegsgebiet, deren Einsatz schon nach dem 11. September durch die Bekundungen einer „uneingeschränkten Solidarität“ der Bundesregierung mit den USA abzusehen war. Den deutschen Medien kommt daher in diesem Fall die wichtige Aufgabe zu, sowohl

1 Bei den Grünen und vereinzelt in der SPD hatte es jedoch einige parteiinternen Widerstand gegen den Einsatz gegeben.

2 Vgl. Kapitel 4.

3 Vgl. hierzu auch den Beitrag von E. Bytzek in diesem Heft.

die US-geführten Militärschläge als auch den deutschen Bundeswehreinsatz schon von der Planungsphase an kritisch zu beleuchten. Im empirischen Teil werden beide Teilbereiche hinsichtlich ihrer medialen Bewertung verglichen.

Diese oben genannten Anpassungen an deutsche Verhältnisse bedeuten dabei keineswegs eine Abkehr von der Indexing-These. Schließlich bieten diese einschränkenden Bedingungen für das Vorkommen von Kritik einen besonders starken Test für die These. Ein vollständiges Fehlen von Kritik erscheint aus den oben aufgeführten Gründen äußerst unwahrscheinlich. Vielmehr wird ein deutliches Übergewicht von Unterstützung des Militäreinsatzes gegenüber kriegskritischen Positionen erwartet.

Auf einen statistischen Grenzwert, ab dem die These falsifiziert wird, soll dabei aus Gründen der Willkürlichkeit bei der Festlegung dieses Wertes verzichtet werden. Schon in den amerikanischen Vorläferstudien wurde kein genaues Richtmaß für die Gültigkeit der These entwickelt. Stattdessen sollen auch hier die Ergebnisse „weich“ interpretiert werden. Der Schwachpunkt der Indexing-Forschung, die fehlende Präzision hinsichtlich exakter Richtlinien zur Falsifizierung der These, kann auch an dieser Stelle nicht aufgelöst werden.⁴ Die Bevölkerungshaltung als Richtmaß für die Meinungsconstellation in den Medien zu verwenden, soll vermieden werden. Die Konfliktlinien in der Bevölkerung werden zwar bei der Interpretation der Haltung der Medien zum Krieg eingebracht, von einer direkten Abbildung der Meinungsverhältnisse der Bevölkerung in den Medien kann jedoch nicht ausgegangen werden, da die Bevölkerungsmeinung keine von der Berichterstattung unabhängige Größe ist. Viele Studien konnten nämlich eine Beeinflussung der Bevölkerungsmeinung durch die Massenmedien bzw. durch die politische Klasse nachweisen (vgl. u.a. Page/Shapiro 1992, Oldhaver 2000: 53).

Wie sich gezeigt hat, sind die Indexing-Studien aufgrund der unterschiedlichen Operationalisierung von „politischen Eliten“ und „politischem Konsens“ sowie der unterschiedlichen Untersuchungsdesigns nur schwer miteinander vergleichbar. In den einschlägigen Studien fehlt darüber hinaus ein exaktes Kriterium, ab welchem Ausmaß von Kritik die These falsifiziert werden kann. Jede Studie kommt jedoch für sich zu dem Schluss, dass unter Konsensbedingungen im jeweils betrachteten Segment des politischen Entscheidungssystems Kritik weitgehend unterbleibt. Dies soll auch für den Afghanistankrieg geprüft werden. Aufgrund verschiedener Einschränkungen (länderspezifische Unterschiede in den Medienstrukturen, kein einheitlicher Konsens im Bundestag, keine Führungsrolle der Bundeswehr) wird kein Ausbleiben von Kritik erwartet, sondern lediglich ein deutliches Übergewicht von Unterstützung.

4. Fragestellung und Untersuchungskonzeption

Die Positionierung der politischen Elite Deutschlands zum Afghanistankrieg stellte sich wie oben aufgezeigt als weit gehender Konsensfall dar. Gemäß der Indexing-These orientieren sich die Medien mit ihrer Kritik am Grad des Konsenses im Parlament. Daher wird erstens ein eher unkritisches Diskurs über den Militäreinsatz in den deutschen Me-

4 Die Identifikation eines allgemeingültigen Ansatzes zum Indexing wird in der bisherigen empirischen Bearbeitung durch die mangelnde Vergleichbarkeit der Studien noch erschwert. Die Untersuchungen zum Indexing (vgl. Kap. 2) basieren auf unterschiedlichen Untersuchungsdesigns mit verschiedenen abhängigen Variablen. Während Hallin (1994) beispielsweise nur die Quelle und deren politische Grundhaltung erfasste, erhob Mermin (1999) ausschließlich die im Nachrichteninhalt enthaltenen Positionen.

dien erwartet. Zweitens wird die Erweiterung der Indexing-These einer Prüfung unterzogen. Demnach sollte sich das eindeutige Übergewicht von Kriegsunterstützung höchstens bei der Debatte strategischer oder performatorischer Aspekte auflösen, nicht aber bei grundsätzlichen oder legitimatorischen Fragen. Hierbei wird zusätzlich betrachtet, inwiefern sich der Argumentationsdiskurs im Zeitverlauf veränderte. Die Indexing-These und ihre Erweiterung sollen zunächst für die untersuchten Medien in ihrer Gesamtheit gezeigt werden. Anschließend werden die zeitungsspezifischen Unterschiede bezüglich dieser beiden Punkte ausgearbeitet. Dabei werden auch mögliche Differenzen in der Bewertung des US-geführten Krieges und des Bundeswehreinsatzes betrachtet.

Der Untersuchungszeitraum verlief vom 12. September bis zum 9. Dezember 2001, wobei man ihn in vier dreiwöchige Phasen einteilen kann. Phase 1 war die Vorbereitungszeit des Krieges nach den Anschlägen vom 11. September. Am 8. Oktober wurde mit dem Beginn der Luftangriffe auf Afghanistan die zweite Phase eingeläutet. In Phase 3 zeichneten sich die ersten Erfolge für die USA und ihre Allianz gegen die Taliban und Al-Qaida-Terroristen ab. Am 14. November, also am Ende der dritten Phase, nahm die mit den Amerikanern verbündete Nordallianz die Hauptstadt Kabul ein. Zudem beschloss am 16. November der Bundestag den Einsatz von 3900 deutschen Bundeswehrsoldaten, die hauptsächlich aus Spezialtruppen und Einheiten für die logistische Unterstützung bestanden. In der vierten Phase kam es nur noch zu vereinzelten Gefechten in Afghanistan, wie z. B. dem Sieg der Allianz in Kandahar am 9. Dezember, der das Ende der Taliban-Herrschaft manifestierte.

Zur Untersuchung der Positionierung der Medien zum Krieg boten sich Meinungsartikel als Untersuchungsgegenstände an, da diese im deutschen PresseSystem als Aushängeschilder der politischen Richtung des Blattes zu verstehen sind und damit von allen Genres am deutlichsten die redaktionelle Linie des Blattes repräsentieren (Neidhardt et al. 1998: 7). Zudem ist die Pflicht zur neutralen Berichterstattung in den Kommentaren nicht gegeben (Eilders 2001: 8), daher wird man hier die eindeutigste Positionierung feststellen können, wodurch sie sich hervorragend zur Untersuchung der Indexing-Theorie eignen.⁵ Den Untersuchungsgegenstand bilden daher die klassischen Meinungsartikel der fünf Qualitätszeitungen taz, FR, SZ, FAZ und Welt, wodurch das Links-Rechts-Spektrum der deutschen Medienlandschaft abgedeckt werden sollte. Des Weiteren stellen diese fünf Zeitungen Leitmedien im deutschen PresseSystem dar, nach denen sich andere Medien in ihrer Berichterstattung richten (vgl. Pfetsch 2001: 134–135).

Die Datenbasis umfasst insgesamt 519 Kommentare. Die SZ kommentierte mit 120 Meinungsartikeln den Afghanistankrieg am häufigsten. In der FAZ wurden 111 Kommentare zum Militäreinsatz gefunden, in der Welt 109. Die FR thematisierte den Krieg in 93 Meinungsartikeln, die taz in lediglich 86.

Als Untersuchungseinheit wurden semantisch eigenständige Aussagen gewählt, die kategoriengleitet gebildet wurden. Das Ende einer Untersuchungseinheit wurde durch

⁵ Obwohl die Indexing-These auf die Elitenorientierung in der Quellenauswahl der Massenmedien angelegt ist, hat schon Bennett die Bedeutung der Meinungsartikel für die Indexing-Forschung in seiner Pilotstudie hervorgehoben (Bennett 1990: 113). Aufgrund der Vermittlungsfunktion der Medien kann es zu einer konsensualen Berichterstattung kommen, wenn die offiziellen Quellen sich nicht kritisch äußern. Ein Gegenbild können die Medien dann vor allem in den Kommentaren zeichnen. Anstelle die Quellenverwendung im Nachrichtenteil ins Zentrum der Untersuchung zu stellen, erscheint es sinnvoller, die Medienleistung im ungebundenen Kommentarteil zu überprüfen.

einen Akteurswechsel oder eine thematische Veränderung determiniert. Auf Aussagenebene wurden dadurch in den 519 Kommentaren 1759 Codiereinheiten ermittelt. In der ersten Phase fanden sich in allen Zeitungen relativ viele Aussagen zum Afghanistankrieg, in der zweiten noch deutlich mehr. In der dritten Phase sank die Kommentierung in allen Zeitungen mit Ausnahme der Welt ab. Die Endphase des Krieges wurde schließlich von allen Blättern nur noch spärlich kommentiert. Die SZ enthielt dabei insgesamt die mit Abstand meisten Aussagen zum Krieg, gefolgt von der taz und der FAZ (vgl. Tab. 1).

Tabelle 1: Verteilung der Aussagen in den Zeitungen im Zeitverlauf

	taz	FR	SZ	FAZ	Welt	Gesamt
Phase 1	99	93	129	91	56	468
2	167	107	139	114	93	620
3	69	48	129	105	104	455
4	27	39	61	52	37	216
Gesamt	362	287	458	362	290	1759

Zu jeder Aussage wurde die nationale Bezugsgröße erhoben, um die deutsche Kriegsbeteiligungsdebatte von Aussagen zu trennen, die den US-geführten Einsatz oder die Rolle anderer Nationen im Krieg thematisieren. Des Weiteren wurde ermittelt, ob die Aussageneinheit den Krieg als Gesamterscheinung oder als Einzelmaßnahme (Spezialtruppen, Luftwaffe, Waffenverwendung, Humanitäres etc.) thematisiert. Der konkrete Aussageninhalt wurde über eine gesonderte Kategorie mit insgesamt 37 Ausprägungen erfasst. Diese Aussageninhalte lassen sich vollständig den Ebenen des *Ob*, *Warum* und *Wie* des Krieges zuordnen. So wurden beispielsweise 23 verschiedene Legitimationen gemessen, wie etwa aus machtpolitischen Gründen, aus Bestrafungsmotiven oder zur Verbesserung der Sicherheit. Eher strategische Aspekte des Krieges wurden in Aussagenhalten wie der Effizienz oder Rationalität der militärischen Umsetzung, der Gefährdung der Zivilbevölkerung durch den Krieg, möglicher global-politischer Konsequenzen oder bündnispolitischer Überlegungen behandelt.

Zu jeder Aussage wurde die Haltung zum Krieg (kritisch, neutral oder unterstützend) erfasst. Von den 1759 erfassten Untersuchungseinheiten enthielten 1011 Aussagen eine Haltung zum Afghanistankrieg, während 748 Aussagen neutral ausfielen. Für die Überprüfung der Indexing-These und ihrer Erweiterung spielen die Aussagen mit neutraler Ausprägung nur eine untergeordnete Rolle, da sie keine Wertung gegenüber dem Krieg enthalten, sondern eher analytischen bzw. deskriptiven Charakters sind. Sie dienen lediglich der expliziteren Analyse des inhaltlichen Diskurses über den Krieg, der für diesen Beitrag irrelevant ist. Somit bilden die 1011 bewertenden Aussagen die Grundgesamtheit für die Auswertung der Ergebnisse⁶.

Mit einem an Weiß' Argumentationsanalyse angelehnten Instrumentarium (vgl. dazu grundlegend Weiß 1989) wurde der Akteur erhoben, auf den die jeweilige Kriegshaltung in der Aussage zurückzuführen ist. Eingeschlossen in eine Aussage sind auch zusätzli-

6 Es haben sich nur geringfügige zeitungsspezifische Unterschiede im Vorkommen neutraler Aussagen im Vergleich zur Häufigkeit bewertender Aussagen ergeben. Der Anteil von bewertenden Aussagen an allen Aussagen rangierte bei den fünf Zeitungen zwischen ca. 50 und ca. 60 Prozent.

che Bewertungen einer Haltung zum Krieg, die die Gesamthaltung der Grundaussage umdrehen, einschränken oder verstärken können. Es hat sich ein deutliches Überge wicht von journalistischen Argumentationen gegenüber jenen Aussagen ergeben, in denen der Journalist kommentarlos einen anderen Akteur referiert. Dass nur 183 der 1011 Kriegshaltungen auf einen nicht-journalistischen Aussagenträger zurückzuführen sind, lässt sich mit dem Umstand erklären, dass der Journalist in Meinungsartikeln häufig dem Referat eines Sprechers einen eigenen Kommentar hinzufügt, wodurch die Haltung in der Aussage auf ihn zurückfällt. Beispielsweise wurde eine journalistische Delegitimati on der zitierten Grundaussage Schröders, es gäbe keine Alternative zum Krieg, als Kriegskritik durch den Kommentator codiert. Referierte Haltungen zum Krieg fielen in allen Zeitungen mit Ausnahme der *taz* kritischer aus als die journalistischen Eigenargu mentationen⁷. Aufgrund der geringen Fallzahlen der referierten Aussagen verschiebt sich die Gesamtposition jeder Zeitung nur geringfügig, wenn keine Unterscheidung zwischen Eigenargumentation des Journalisten und referierten Positionen getroffen wird. Deswegen werden die Ergebnisse dieser Studie unabhängig vom Aussageträger vorgestellt.

5. Ergebnisse

Insgesamt waren fast zwei Drittel aller 1011 bewertenden Aussagen kriegsunterstützend, während nur ein Drittel eine kritische Tendenz aufwies (vgl. Tab. 2). Es deutet sich somit auch hier an, dass unkritische Stimmen die Kommentierung des Krieges klar dominieren. Das Übergewicht von Unterstützung des Krieges gegenüber Kritik am Militäreinsatz in den Kommentaren deutscher überregionaler Zeitungen entspricht damit den Annahmen der Indexing-These.

Um die Erweiterung der Indexing-These zu überprüfen, wurden die grundsätzliche legitimatorische Ebene und die strategische-performatorische Ebene unterschieden. Auf der ersten Ebene wurde einerseits über die prinzipielle Richtigkeit des Krieges und über Alternativen zum Militäreinsatz debattiert, also über die Frage nach dem *Ob* des Krieges. Darunter fällt beispielsweise die Feststellung Bushs, der Krieg sei notwendig, oder die referierte Empfehlung Gysis, anstelle eines Militäreinsatzes polizeiliche und diplomatische Maßnahmen zur Ergreifung der Attentäter einzusetzen. Andererseits werden Legitimationen für den Einsatz evaluiert. Dieses *Warum* des Krieges wird beispielsweise erörtert, wenn der Kommentator den Militäreinsatz aufgrund der Befreiung des afghanischen Volkes, des Krieges als Bestrafung der Terroristen oder als Terrorprävention befürwortet. Die zweite Ebene besteht aus strategischen oder performatorischen Aspekten, die die Frage nach dem *Wie* des Krieges aufwerfen. Eine Auseinandersetzung mit Roths Forderung nach einem Bombenstopp wäre wie auch eine Debatte über die Verwendung von Streubomben hier einzuordnen.

Insgesamt waren auf der Ebene des *Warum* 366 Aussagen vorzufinden. Der Krieg wurde dabei überwiegend mit Bestrafungs- und Sicherheitsmotiven legitimiert. 215 Aussagen sind auf der Ebene des *Ob* anzusiedeln, wobei die Mehrheit davon die prinzipielle Richtigkeit des Krieges evaluierte und eine Minderheit Alternativen zum Krieg bewertete. In 430 Aussagen wurde über strategische-performatorische Aspekte des Krie

⁷ Das Bild einer den Militäreinsatz am Hindukusch weitgehend mittragenden Zeitungslandschaft (vgl. Kap. 5) wird bei einer ausschließlichen Betrachtung der Eigenargumentationen der kom mentierenden Journalisten somit verstärkt. Anderen Akteuren dagegen schrieben alle Zeitun gen außer der *taz* eher kriegskritischere Aussagen zu.

ges diskutiert, wobei es deutlich mehr Abwägungen zu der Strategie gab als zu dem Abschneiden des Militärs. Insgesamt waren damit bewertende Aussagen zum Krieg eher auf der Ebene des *Warum* und *Ob* zu finden als auf der Ebene des *Wie*. Gemäß der Erweiterung der Indexing-These war die grundsätzliche-legitimatorische Debatte deutlich unkritischer als die strategische-performatorische. Drei Viertel der Aussagen, die eine grundsätzliche Haltung zum Krieg (*ob*) enthielten oder in denen dessen Legitimationen (*warum*) evaluiert wurden, fielen kriegsunterstützend aus. Dagegen war fast die Hälfte der strategischen-performatorischen Aussagen (*wie*) kriegskritischer Ausprägung (vgl. Tab. 2).

Tabelle 2: Anteile von Kritik und Unterstützung im ebenenspezifischen Vergleich (in %)

	warum und ob N=581	wie N=430	Gesamt N=1011
Kritik	25	47	35
Unterstützung	75	53	65
Gesamt	100	100	100

Als nächstes soll der mögliche Einwand entkräftet werden, dass sich Unterschiede in der Thematisierung und Bewertung des Krieges auf den beiden Ebenen auf argumentationstechnische Differenzen im Zeitverlauf zurückführen lassen: Eine stark kriegsbefürwortende Haltung auf grundsätzlicher und legitimatorischer Basis sei dieser Argumentation nach eher dem für die Vorbereitungszeit des Krieges bzw. der Phase des Kriegsbeginns typischen Diskurs geschuldet, in denen über die Notwendigkeit und Richtigkeit einer Militärintervention diskutiert wird. Dagegen sollte die ausgeglichene strategische-performatorische Debatte hauptsächlich zum Kriegsende an Bedeutung gewinnen, wenn sich die Journalisten aufgrund des abgeschlossenen grundsätzlichen-legitimatorischen Diskurses und der Ereignisse auf dem Schlachtfeld stärker auf die strategisch-performatorischen Aspekte des Krieges konzentrieren.

Die Ergebnisse einer phasenspezifischen Auswertung der Daten unterstützen dabei allenfalls geringfügig diesen Einwand. Wie in Tabelle 3 zu sehen ist, wurden strategische-performatorische Aspekte des Krieges schon in der Vorkriegsphase recht häufig thematisiert. Zudem blieben die Legitimationen und grundsätzlichen Haltungen auch in den späten Phasen des Krieges relevante Argumentationsmuster in den Meinungsartikeln. Dabei wurde auf der Ebene des *Warum* und *Ob* im Zeitverlauf zwar zunehmend kriegskritischer argumentiert, was allerdings mit ungefähr gleichmäßigem Abstand ebenso für die Ebene des *Wie* mit Ausnahme der vierten Phase gilt (vgl. Tab. 4). Die Er-

Tabelle 3: Verteilung der Aussagen auf den Ebenen im Zeitverlauf (in %)

Phasen	1 N=277	2 N=363	3 N=266	4 N=105
warum und ob	61	58	56	51
wie	39	42	44	49
Gesamt	100	100	100	100

weiterung der Indexing-These greift also in allen Phasen mit Ausnahme der letzten, in der sich der Kritikanteil auf der grundsätzlichen-legitimatorischen Ebene dem Kritikanteil auf der strategisch-performatorischen Ebene stark annähert. Dies kann durchaus auch ein Effekt der geringen Fallzahlen dieser Phase sein. Insgesamt gibt es im Zeitverlauf zwar eine leichte Verschiebung des Diskurses von der Ebene des *Ob* und *Warum* auf die Ebene des *Wie*; das Ausmaß an Kritik wächst allerdings auf beiden Ebenen relativ gleichmäßig an. Damit ist die spezifische Phase des Kriegsverlaufs für die Ausprägung der Ergebnisse nicht ausschlaggebend verantwortlich, wodurch diese im Sinne der Erweiterung der Indexing-These interpretiert werden können.

Tabelle 4: Verteilung von Kritik und Unterstützung auf den Ebenen im Zeitverlauf (in %)

Ebenen	Phasen	1	2	3	4
warum und ob	N=169	N=209	N=149	N=54	
	Kritik	21	22	32	33
	Unterstützung	79	78	69	67
	Gesamt	100	100	100	100
wie	N=108	N=154	N=117	N=51	
	Kritik	41	51	53	37
	Unterstützung	59	49	47	63
	Gesamt	100	100	100	100

Während somit die Kommentierung der überregionalen Abonnementzeitungen als Gesamtes sowohl mit Hilfe der Indexing-These als auch mit ihrer Erweiterung interpretiert werden kann, bleibt im Folgenden zu prüfen, wie die einzelnen Blätter den Krieg evaluierten. Dabei soll zunächst das Verhältnis von Kritik zu Unterstützung in jeder Zeitung (Indexing-These) und anschließend die mögliche Verschiebung der Kritik von einer grundsätzlichen-legitimatorischen auf eine strategisch-performatorische Ebene (Erweiterung der Indexing-These) betrachtet werden.

Die Annahme über eine Aufteilung der überregionalen Zeitungslandschaft in ein politisches Links-Rechts-Spektrum konnte auch in dieser Studie bestätigt werden. Das hier angenommene verstärkte Auftreten von Kriegskritik in den tendenziell linken Zeitungen hat sich ebenfalls systematisch bestätigt: Je weiter links die Zeitung auf der klassischen Links-Rechts-Achse zu verorten ist, desto kritischer ihre Haltung zum Afghanistankrieg. Die taz argumentierte als einzige Zeitung überwiegend kritisch, wohingegen in der FAZ und der Welt Kriegskritik marginal blieb (vgl. Tab. 5).⁸

Nimmt man die ANOVA als statistisches Instrument zum Aufzeigen der Konflikt-

8 Das Bild einer graduell wachsenden Unterstützungshaltung auf der Links-Rechts-Achse wird verschoben, wenn man die absoluten Zahlen betrachtet: Hier enthält die SZ mehr Kritik als die FR, aber auch insgesamt die meiste Unterstützung. Dies ist auf die unterschiedlich großen Fallzahlen zurückzuführen. Hier soll jedoch davon ausgegangen werden, dass der Zeitungleser nicht nur Aussagen einer entsprechenden Kriegshaltung rezipiert, sondern alle bewertenden Aussagen gegeneinander abwägt. Stellt man also in jeder Zeitung kritische und unterstützende Positionen gegenüber, ergibt sich die erwartete Links-Rechts-Skalierung von der taz bis hin zur Welt mit der SZ als Zentrum.

Tabelle 5: Verteilung von Kritik und Unterstützung in den einzelnen Zeitungen (in %)

	taz N=222	FR N=165	SZ N=289	FAZ N=175	Welt N=160	Gesamt N=1011
Kritik	52	39	35	23	19	35
Unterstützung	48	61	65	77	81	65
Gesamt	100	100	100	100	100	100

linien im deutschen Zeitungsspektrum, können signifikante Unterschiede in den Haltungen zum Krieg zwischen den Blättern ausgemacht werden. Anstelle einer klaren Konfliktlinie zwischen den beiden Seiten des Zeitungsspektrums haben sich eher graduelle Abstufungen hinsichtlich des Ausmaßes der in den Kommentaren geäußerten Kriegskritik gezeigt. So weisen alle Zeitungen nur zu ihren jeweiligen „Nachbarn“ auf der Links-Rechts-Achse eine Ähnlichkeit in der Kriegshaltung auf, wohingegen sich die Haltung in den weiter auf dem Spektrum entfernt liegenden Blättern signifikant von der jeweiligen Zeitung unterscheidet. So unterscheidet sich beispielsweise die taz von der SZ, der FAZ und der Welt signifikant; die FAZ hingegen von der taz und der FR.

Bislang wurden alle Aussagen, die sich mit dem Afghanistankrieg befassten, einheitlich betrachtet, unabhängig von den nationalen Bezugsgrößen, aus deren Perspektive das Kriegsgeschehen geschildert wird. Hier soll jedoch geprüft werden, ob deutsche Journalisten dazu tendierten, den Krieg der USA zu billigen, einer Entsendung von Bundeswehrsoldaten jedoch ablehnend gegenüberzustehen – sei es wegen mangelnder Involviering in die Geschehnisse des 11. September, realpolitischer Überlegungen, aus historisch-pazifistischen Motiven oder wegen einer pragmatisch begründeten fehlenden Machbarkeit eines Einsatzes aufgrund mangelnder Kapazitäten oder Fähigkeiten der Bundeswehr. Vergleicht man die Aussagen, die sich auf die Kriegsführung der USA beziehen, mit jenen, die eine Bundeswehrbeteiligung thematisieren, sind insgesamt kaum Differenzen hinsichtlich der Haltung zum Krieg auszumachen (vgl. Tab. 6)⁹. Lediglich in der SZ haben sich signifikante Unterschiede in der Bewertung von US-geführtem Einsatz und deutscher Beteiligung gezeigt. In dieser Zeitung wurde der Bundeswehreinsatz am kritischsten evaluiert, wobei der Militäreinsatz der USA wesentlich positiver besprochen wurde. In den anderen Zeitungen zeichnete sich keine signifikant unterschiedliche Bewertung der beiden nationalen Rollen ab: Die Haltung jeder Zeitung zum US-geführten Krieg entsprach in etwa ihrer Position zur Entsendung von Bundeswehrsoldaten. Deutsche Journalisten waren somit nicht eher geneigt, eine deutsche Beteiligung kritischer zu bewerten als den US-geführten Krieg.

Die Indexing-These kann damit auch für die deutschen Medien als probates Erklärungsmuster herangezogen werden, allerdings nur unter der Einschränkung einer auf der linken Seite des politischen Links-Rechts-Spektrums kritischer positionierten Zeitungslandschaft. Es ergaben sich jedoch keine klaren Konfliktlinien, sondern der überregionale Zeitungsmarkt unterschied sich hinsichtlich der Tendenz zum Krieg durch graduelle Abstufungen.

Als letztes bleibt die Prüfung der Hypothese zur Erweiterung des Indexing, d. h. wie in den Zeitungen auf der Ebene des *Warum* und *Ob* im Vergleich zur Ebene des *Wie* ar-

⁹ Auch andere nationale Bezugsgrößen (z. B. Großbritannien, Pakistan, die NATO etc.) wurden erhoben, können aber aufgrund der geringen Fallzahlen vernachlässigt werden.

Tabelle 6: Zeitungsspezifische Unterschiede in der Bewertung der deutschen Kriegsbeteiligung und dem US-geführten Krieg

		taz	FR	SZ	FAZ	Welt	Gesamt
deutsche Beteiligung	N	(31)	(30)	(34)	(30)	(37)	(162)
	Mittelwert	0,2	0,3	-0,2*	0,7	0,6	0,3
US-geführter Krieg	N	(187)	(127)	(236)	(128)	(120)	(798)
	Mittelwert	-0,1	0,2	0,4*	0,6	0,6	0,3

Beim Mittelwert ist Kriegskritik mit -1 gewichtet, Kreisunterstützung mit 1, d. h. 0 bedeutet Ausgeglichenheit zwischen Kritik und Unterstützung.

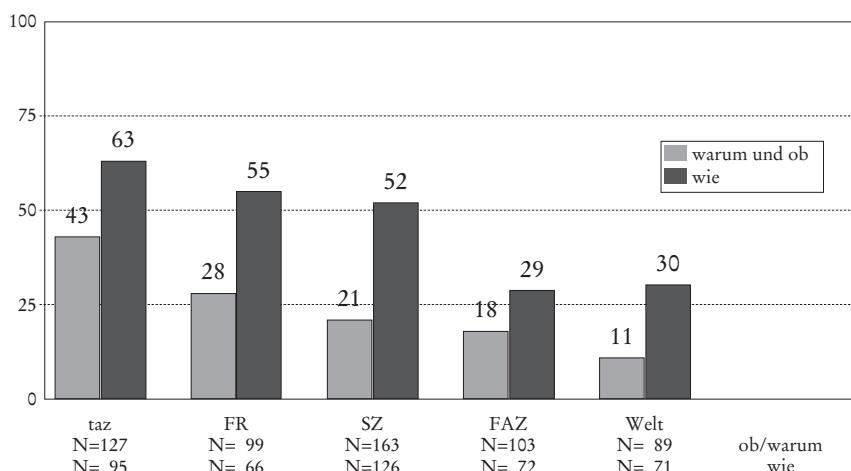
*: Unterschiede zwischen deutscher Beteiligung und US-Krieg sind signifikant auf dem Level 0,05.

gumentiert wurde. In Grafik 1 sind für jede Zeitung beide Ebenen aufgezeigt. Die Balken entsprechen dem Anteil von kritischen Aussagen an allen bewertenden Aussagen auf der entsprechenden Ebene.

In allen Zeitungen wurde der Krieg grundsätzlich oder legitimatorisch eher unterstützt als seine Einzelmaßnahmen bzw. seine strategischen oder performatorischen Aspekte (vgl. Grafik 1). Damit entspricht die Kommentierung des Afghanistankrieges in jeder untersuchten Zeitung den Annahmen der Erweiterung der Indexing-These. Dabei fiel die Kritik im linken Zeitungsspektrum auch im grundsätzlichen-legitimatorischen Bereich deutlich kritischer aus als im rechten. Während die taz die grundsätzliche Richtigkeit des Krieges und die Legitimationen vergleichsweise stark in Frage stellte, wurde der Krieg auf dieser Ebene in der Welt nur marginal kritisiert. Auf der strategischen-performatorischen Ebene dagegen enthielten die Welt und auch die FAZ deutlich mehr Kritik, nämlich fast ein Drittel aller bewertenden strategischen Aussagen. Die anderen drei Zeitungen waren auf dieser Ebene des *Wie* sogar überwiegend kriegskritisch.

Damit kann man die oben aufgestellte Erwartung als erfüllt betrachten, ein Zutreffen der Indexing-These deutet sich gerade im rechten Zeitungsspektrum an. Je weiter man

Grafik 1: Vergleich der Anteile von kritischen an allen bewerteten Aussagen (in %)



nach links auf der Links-Rechts-Achse rückt, desto stärker übt die entsprechende Zeitung Kritik am Krieg – sowohl grundsätzlich als auch an der Strategie und dem Abschneiden des Militärs.

6. Fazit

Auch die hier vorliegenden Ergebnisse deuten auf ein Zutreffen der Annahmen der Indexing-These, die eine Orientierung der medialen Kritik an parlamentarischen Meinungskonstellationen voraussagt, hin. Die Zeitungen enthielten bei einem weitgehenden Konsens im Bundestag deutlich mehr befürwortende als skeptische Stimmen zum Afghanistankrieg. Gleichwohl waren die kritischen Bevölkerungssegmente in der Medienkommentierung nicht unterrepräsentiert: Die Kriegsgegner waren in der Bevölkerung zu einem etwa gleich großen Anteil vertreten wie die deutschen Zeitungskommentatoren insgesamt kriegskritische Aussagen unterstützenden gegenüberstellten. Der Befund, dass Kriegskritik in den Medien nicht marginal ausfiel, kann auf die in Kap. 3 aufgeführten Einschränkungen hinsichtlich der Übertragung der These auf den hier untersuchten Fall zurückgeführt werden. So lag kein vollständiger parlamentarischer Konsens vor, die Bundeswehr hatte keine Führungsaufgaben im Krieg zu bewältigen und die deutsche Medienstruktur ermöglicht eine kritischere Kommentierung als die amerikanische. Da sich trotz dieser Einschränkungen dennoch ein deutliches Übergewicht von Kriegsunterstützung ergeben hat, ist die Indexing-These als geeignetes Erklärungsmuster für die Medienleistung in parlamentarischen Konsenssituationen zu bewerten.

Als problematisch hat sich in dieser Studie die mangelnde Präzision hinsichtlich exakter Richtlinien zur Falsifizierung der These erwiesen. Da keine anderen Befunde zu vergleichbaren Fällen von Konsens und Dissens vorliegen, konnte die Indexing-These keinem harten Test unterzogen werden. Argumentiert man jedoch auf der Basis von Plausibilitäten, so muss es überraschen, wie wenig Kritik im untersuchten Fall formuliert wurde – obwohl die übliche Breite des Meinungsspektrums der deutschen überregionalen Abonnementzeitungen und die traditionelle Kriegskritik im linken Spektrum zugrunde gelegt wurde. Aufgrund ihrer insgesamt ausgeglichenen Positionierung leistete sogar die taz keinen substanzuellen Beitrag zur Kritik im Meinungsspektrum. Blätter wie die FAZ und die Welt verzichteten fast gänzlich auf Kriegskritik. Die deutschen überregionalen Abonnementzeitungen nahmen also in der Kommentierung des Afghanistankrieges ihre Kritik- und Kontrollfunktion nur begrenzt wahr, woraus sich neue Erkenntnisse über ihre eingeschränkte Autonomie ergeben. Gleichwohl haben sie nicht komplett auf kritische Evaluationen verzichtet. Ihrer Kritikerrolle sind sie insofern nachgekommen, indem sie strategische und performatorische Aspekte des Krieges relativ skeptisch bewerteten.

Die Erweiterung der Indexing-These, die bei politischem Konsens von einer Konzentration der Kritik auf der Ebene des *Wie* anstatt auf der des *Ob* und *Warum* ausgeht, stellt somit für dieses Fallbeispiel ebenfalls ein geeignetes Erklärungsmuster der Medienkommentierung dar. In allen Zeitungen wurde die strategische Planung und Durchführung des Krieges kritischer bewertet als die Entscheidung zwischen Krieg und Frieden und deren Legitimation. Obwohl die präsentierten Ergebnisse für die Gültigkeit der Erweiterung der Indexing-These hier sprechen, muss kritisch angemerkt werden, dass im linken Zeitungsspektrum von einer „Verlagerung“ der Kritik von der grundsätzlich legitimatorischen auf die strategisch-performatorische Ebene nicht gesprochen werden kann: Auf der Ebene des *Ob* und *Warum* des Krieges zeigte insbesondere die taz einen

hohen Anteil an Kritik. Dieser war zwar auf der Ebene des *Wie* noch größer, dennoch impliziert die ursprüngliche Erweiterungshypothese eher eine Marginalisierung von Kritik bezüglich prinzipieller Fragen zum Krieg.

Die Indexing-These hat sich auch in dieser Studie als fruchtbare Ansatz bei der Untersuchung der Autonomie der Medien erwiesen. Streng genommen wird zum Nachweis der Gültigkeit der These ein Test benötigt, der die Berichterstattung eines parlamentarischen Konsenses dem Medienoutput einer Dissenssituation in der politischen Elite gegenüberstellt. Erst Vergleiche beider Fälle können den Nachweis erbringen, dass die Indexing-These für die Kriegsberichterstattung und -kommentierung allgemeine Gültigkeit besitzt. Ein Dissens im Bundestag bei einer Kriegsbeteiligung als Vergleichsebene der hier untersuchten Konsenssituation lag zum Zeitpunkt der Untersuchung nicht vor. Daher musste die Studie auf eine Ausprägung der These (hier: den parlamentarischen Konsens) beschränkt bleiben. Der Indexing-Ansatz eignet sich dabei nicht nur zur Untersuchung der Berichterstattung in Kriegssituationen, sondern eine Anwendung wäre durchaus auch für politische Debatten jeglicher Thematik vorstellbar.

Literatur

- Bennett, Lance W. (1990): Toward a Theory of Press-State Relations in the United States. In: *Journal of Communication* 40(2), S. 103–125.
- Brown, Jane D.; Bybee, Carl R.; Warden, Stanley; Straughan, Dulcie M. (1987): Invisible Power: Newspaper News – Sources and the Limits of Diversity. In: *Journalism Quarterly* (64), S. 45–54.
- Cook, Timothy (1994): Domesticating a Crisis. Washington Newsbeats and Network News after the Iraqi Invasion of Kuwait. In: Bennett, Lance W.; Paletz, David L. (Hrsg.): *Taken by Storm – The Media, Public Opinion, and U.S. Foreign Policy in the Gulf War*. Chicago & London: The University of Chicago Press, S. 105–130.
- Donsbach, Wolfgang (1994): Journalism versus Journalism – ein Vergleich zum Verhältnis von Medien und Politik in Deutschland und in den USA. In: Donsbach, Wolfgang; Jarren, Otfried; Kepplinger, Hans Mathias; Pfetsch, Barbara (Hrsg.): *Beziehungsspiele – Medium und Politik in der öffentlichen Diskussion*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, S. 283–315.
- Donsbach, Wolfgang; Wolling, Jens; von Blomberg, Constanze (1996): Repräsentation politischer Positionen im Mediensystem aus der Sicht deutscher und amerikanischer Journalisten. In: Hömberg, Walter; Pürer, Heinz (Hrsg.): *Medien-Transformation*. Konstanz: UVK Medien, S. 343–356.
- Eilders, Christiane (2001): Conflict and Consonance in Media Opinion: Political Positions of five German Quality Newspapers. Veröffentlichungsreihe der Arbeitsgruppe Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin.
- Eilders, Christiane/Lüter, Albrecht (2002): Gab es eine Gegenöffentlichkeit während des Kosovo-Krieges? Eine vergleichende Analyse der Deutungsrahmen im deutschen Mediendiskurs. In: Albrecht, Ulrich; Becker, Jörg (Hrsg.): *Medien zwischen Krieg und Frieden*. Baden-Baden: Nomos, S. 103–122.
- Entman, Robert M. (1989): Democracy without Citizens. New York & Oxford: Oxford University Press.
- Entman, Robert M.; Page, Benjamin I. (1994): The News before the Storm. The Iraq War Debate and the Limits to Media Independence. In: Bennett, Lance W.; Paletz, David L. (Hrsg.): *Taken by Storm – The Media, Public Opinion, and U.S. Foreign Policy in the Gulf War*. Chicago & London: The University of Chicago Press, S. 82–104.
- Erbring, Lutz (1989): Nachrichten zwischen Professionalität und Manipulation: Journalistische Berufsnormen und politische Kultur. In: Kaase, Max; Schulz, Winfried (Hrsg.): *Massenkommunikation*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 301–313.
- Gurevitch, Michael; Blumler, Jay G. (1990): Political Communication Systems and Democratic Va-

- lues. In: Lichtenberg, Judith (Hrsg.): Democracy and the Mass Media. Cambridge: Cambridge University Press, S. 269–289.
- Hagen, Lutz M. (1992): Die opportunen Zeugen – Konstruktionsmechanismen von Bias in der Zeitungsberichterstattung über die Volkszählungsdiskussion. In: Publizistik 37, S. 444–460.
- Hallin, Daniel (1994): „We keep America on Top of the World“. New York: Routledge.
- Lichtenberg, Judith (1990): Foundations and Limits of Freedom of the Press. In: Lichtenberg, Judith (Hrsg.): Democracy and the Mass Media. Cambridge: Cambridge University Press, S. 102–135.
- Mermin, Jonathan (1996): Conflict in the Sphere of Consensus? Critical Reporting on the Panama Invasion and the Gulf War. In: Political Communication 13, S. 181–194.
- Mermin, Jonathan (1999): Debating War and Peace – Media Coverage of U.S. Intervention in the Post-Vietnam Era. Princeton: Princeton University Press.
- Neidhardt, Friedhelm/Elders, Christiane/Pfetsch, Barbara (1998): Die Stimme der Medien im politischen Prozess: Themen und Meinungen in Pressekommentaren. Veröffentlichungsreihe der Arbeitsgruppe Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin.
- Oldhaver, Mathias (2000): Öffentliche Meinung in der Sicherheitspolitik – Untersuchung am Beispiel der Debatte über einen Einsatz der Bundeswehr im Golfkrieg. Baden-Baden: Nomos.
- Page, Benjamin I.; Shapiro, Robert Y. (1992): The Rational Public – Fifty Years of Trends in Americans' Policy Preferences. Chicago & London: The University of Chicago Press.
- Patterson, Thomas E. (2000): The United States: News in a Free-Market-Society. In: Gunther, Richard; Mughan, Anthony (Hrsg.): Democracy and the Media – A Comparative Perspective. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pfetsch, Barbara (2001): Politische Kommunikationskultur – Eine vergleichende Untersuchung von politischen Sprechern und Journalisten in der Bundesrepublik und den USA. Habilitationsschrift. Berlin: Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin.
- Schäfer, Ingeborg E. (1984): Politisch-administratives System und Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt a.M.: Verlag Peter Lang.
- Schmitt-Beck, Rüdiger; Pfetsch, Barbara (1994): Politische Akteure und die Medien der Massenkommunikation. In: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 106–138.
- Sigal, Leon (1973): Reporters and Officials – The Organization and Politics of Newsmaking. Heath: Lexington.
- Voltmer, Katrin (1998/9): Medienqualität und Demokratie – Eine empirische Analyse publizistischer Informations- und Orientierungsleistungen in der Wahlkampfkommunikation. Baden-Baden: Nomos.
- Weiß, Hans-Jürgen (1989): Öffentliche Streitfragen und massenmediale Argumentationsstrukturen – Ein Ansatz zur Analyse der inhaltlichen Dimension im Agenda-Setting-Prozess. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 30, S. 473–489.